



JURISTISCHE FAKULTÄT



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

Zusammenfassung der Dissertation mit dem Titel

**„Wissensverschulden
Eine Systematisierung und Begrenzung der Wissenszurechnung
im Unternehmen“**

Dissertation vorgelegt von Lisa Engelhardt

Erstgutachter: Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Zweitgutachter: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht

Eine juristische Person kann selbst nicht wissen. Wissen können nur natürliche Personen. Der juristischen Person kann Wissen nur zugerechnet werden. Trotz der großen Relevanz der Thematik der Wissenszurechnung sind immer noch dogmatische und systematische Fragen offen. Die vorliegende Arbeit systematisiert und begrenzt die Wissenszurechnung im Unternehmen. Eine hier erarbeitete Zurechnungstrias teilt die Wissenszurechnung in drei Zurechnungssysteme: Das erste System betrifft den Fall, dass der Wissende persönlich an dem Rechtsgeschäft beteiligt ist. Es handelt sich um eine klassische (und an § 166 BGB anknüpfbare) Wissenszurechnung. Im zweiten System, dem titelgebenden Wissensverschulden, ist der Wissende nicht persönlich beteiligt, aber sein Wissen unterfällt dem Bereich der in einem Unternehmen typischerweise aktenmäßig festzuhaltenden Informationen. Das dritte System erfasst rechtsmissbräuchliches Verhalten und fingiert positive Kenntnis, wenn unternehmensinternes Wissen geradezu „wegorganisiert“ wird.

Eine besondere Aufmerksamkeit erfährt dabei die dogmatische Einordnung des Wissensverschuldens. Als Konkretisierung des Fahrlässigkeitsmaßstabs innerhalb des Tatbestandsmerkmals der fahrlässigen Unkenntnis führt Wissensverschulden zwangsläufig nur zu einem „kennen müssen“ und nicht zu einer positiven Kenntnis.

Im ersten Teil der Arbeit werden zunächst notwendige Vorfragen thematisiert. Die Untersuchung beginnt mit einer Darstellung der juristischen Bedeutung und Verbreitung der Problemfelder rund um die Wissenszurechnung. Des Weiteren sind der (juristische) Umgang mit dem Wissensbegriff sowie die Beweisbarkeit von positiver Kenntnis zu klären. Im Folgenden schließt sich eine grundlegende Einordnung der Zurechnung als Rechtsmethode an, wobei ein Schwerpunkt auf der Frage der (juristischen) Rechtfertigung der Zurechnung liegt. Nach der Darstellung der wissenschaftlichen Grundlagen beleuchtet die Arbeit die Entwicklung der Rechtsprechung von der absoluten Theorie der Wissenszurechnung zu einer wertenden Betrachtung.

Im zweiten Teil widmet sich die Dissertation der Zurechnungstrias von Wissen im Unternehmen als Kernstück der Arbeit. Zunächst wird das gesetzlich normierte System der Wissenszurechnung erörtert und insbesondere hinsichtlich seines Anwendungsbereichs hinterfragt. Ist der Wissende persönlich an einem Rechtsgeschäft der Gesellschaft beteiligt, findet eine klassische Wissenszurechnung nach § 166 Abs. 1 BGB (analog) statt. Das Wissen des persönlich Beteiligten fließt zwangsläufig in die Entscheidungen mit ein, die das betreffende Rechtsgeschäft vorbereiten. Deswegen unterliegt sein Wissen auch keinen Zurechnungsbegrenzungen. Das vollumfängliche Wissen des am Rechtsgeschäft persönlich Beteiligten wird der Gesellschaft zugerechnet. Da sich diese Wissenszurechnung auf § 166 Abs. 1 BGB stützt, gilt sie nur im Anwendungsbereich des § 166 BGB. Aufgrund persönlicher Beteiligung kann nach § 166 Abs. 1 BGB (analog) sowohl positive Kenntnis als auch fahrlässige Unkenntnis zugerechnet werden.

Klar davon zu unterscheiden ist das Wissensverschulden. Ein Wissensverschulden liegt dann vor, wenn Aktenwissen pflichtwidrig nicht weitergeleitet, gespeichert oder abgerufen wurde. Aktenwissen liegt dann vor, wenn eine Information an die Gesellschaft beispielsweise über ihre Mitarbeiter herangetragen wird und aufgrund ihrer Relevanz für das Unternehmen gespeichert oder weitergeleitet werden muss. Für die Nutzbarmachung des Aktenwissens bedarf es eines Weitergabeakts. Dieses Wissen fließt nicht automatisch in die Verhandlungen bezüglich des Rechtsgeschäfts ein. Es muss erst aufgezeichnet und weitergegeben werden, denn der Wissende ist nicht zwangsläufig der Handelnde. Jede Gesellschaft ist verpflichtet eine Wissensorganisation zu implementieren und ihre Mitarbeiter anzuweisen in dieses System unternehmensrelevante Informationen einzuspeisen. Ebenso muss die Gesellschaft die Mitarbeiter anweisen, Informationen aus diesem System abzurufen. Ein Wissensverschulden findet nicht nur im rechtsgeschäftlichen Bereich statt, sondern es gilt als allgemeingültige

Obliegenheit der Gesellschaft für sämtliche Bereiche des Rechts. Missachtet die Gesellschaft oder missachten die Mitarbeiter diese Verpflichtung, ist die Gesellschaft fahrlässig unwissend. Positive Kenntnis wird jedoch weder fingiert noch zugerechnet.

Ergänzt wird diese Zweiteilung um ein drittes System: die Wissensfiktion. Bei eklatantem Verstoß gegen die vom System des Wissensverschuldens bekannte Wissensorganisationsobliegenheit kann analog § 162 BGB positives Wissen fingiert werden. Implementiert die Gesellschaft überhaupt keine Wissensorganisation oder ist diese eklatant mangelhaft, handelt sie rechtsmissbräuchlich, wenn sie sich auf ihre Unkenntnis beruft. Nach § 162 BGB analog wird in diesen Fällen positive Kenntnis fingiert. Da es Aufgabe des Leitungsorgans ist, eine Wissensorganisation einzuführen, kann diese Rechtsfolge nur durch eine Pflichtverletzung des Leitungsorgans hervorgerufen werden.

Im Nachgang dieser Aufarbeitung behandelt die Arbeit besondere Implikationen und Konsequenzen der Zurechnungstrias sowie die Interdependenzen der drei Systeme.

Abgerundet wird die Arbeit im dritten Teil mit einer Begrenzung der Informationen, die typischerweise aktenmäßig festgehalten werden. Dieses Aktenwissen kennt systematische, personale, zeitliche und informationsbezogene Grenzen sowie solche, die sich aus der Privatsphäre und dem Unternehmensgeheimnis ergeben. Untersuchung zeigt, dass zwei der drei Zurechnungssysteme auf der Kategorie von typischerweise aktenmäßig festgehaltenem Wissen basieren. Dieses Aktenwissen ist jedoch auf personaler, informationsbezogener, systematischer und zeitlicher Ebene begrenzt. Vervollständigt wird der dritte Teil mit der Aufarbeitung der Frage, ob überobligatorisch gespeicherte Informationen dem Aktenwissen unterliegen.

Thema des vierten Teils der Arbeit ist die Beweislastverteilung in der Zurechnungstrias. Dabei zeigt sich, dass im Rahmen des Wissensverschuldens eine besondere Beweissituation vorliegt, wohingegen bei der Wissensfiktion und der Wissenszurechnung über eine sekundäre Darlegungslast und eine Beweislastumkehr diskutiert werden kann.

Die Arbeit wird abgeschlossen mit folgender Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesenform:

- 1) Die Rechtsprechung entwickelte ausgehend von der absoluten Theorie der Wissenszurechnung die Vorgaben einer wertenden Betrachtung und der Zurechnung von typischerweise aktenmäßig festgehaltenem Wissen.
- 2) Das Problemfeld der Wissenszurechnung unterteilt sich in eine Zurechnungstrias von Wissen im Unternehmen: die Wissenszurechnung, das Wissensverschulden und die Wissensfiktion.
- 3) Das System der Wissenszurechnung findet aufgrund der persönlichen Beteiligung des Wissenden ihren dogmatischen Ausgangspunkt in § 166 Abs. 1 BGB (analog) und gilt demzufolge nur für den Anwendungsbereich dieser Vorschrift.
- 4) Persönlich an dem Rechtsgeschäft beteiligt ist derjenige, der mit Wissen und Wollen des Geschäftsherrn eigenverantwortlich in Bezug auf die konkrete Entscheidung tätig wird und die Entscheidung des Geschäftsherrn dadurch beeinflusst.
- 5) Über das System der Wissenszurechnung kann sowohl fahrlässige Unkenntnis als auch positive Kenntnis zugerechnet werden.
- 6) Das System der Wissenszurechnung ist informationell grenzenlos. Die Grenzen des Aktenwissens gelten für das System der Wissenszurechnung nicht.

- 7) Das System des Wissensverschuldens umfasst die Situationen, wenn der Wissende zwar der Gesellschaft zugeordnet ist, an der konkreten Tätigkeit oder dem konkreten Rechtsgeschäft jedoch nicht persönlich beteiligt ist.
- 8) Für diese Fälle ist die Bezeichnung Wissenszurechnung verfehlt. Es wird dogmatisch betrachtet kein Wissen der Gesellschaft zugerechnet, sondern Fehlverhalten des Leitungsorgans oder der Erfüllungsgehilfen. Deswegen handelt es sich um ein Wissensverschulden.
- 9) Der dogmatische Anknüpfungspunkt für das Wissensverschulden ist die rechtsfortbildend geschaffene Obliegenheit der Gesellschaft ihr unternehmensinternes Wissen zu organisieren. Diese konkretisiert als handlungsorientierte Verschuldenskomponente den Fahrlässigkeitsmaßstab jeder einzelnen Kennenmüssen-Norm.
- 10) Ein Fehlverhalten des Leitungsorgans bezüglich der Wissensorganisationsobliegenheit wird der Gesellschaft gemäß § 31 BGB zugerechnet und solches der Mitarbeiter gemäß § 278 BGB.
- 11) Daraus ergibt sich eine Differenzierung zwischen dem Vertrags- und Deliktsrecht. Nur im Vertragsrecht kann ein Fehlverhalten der Mitarbeiter gemäß § 278 BGB zugerechnet werden. Im Deliktsrecht ist nur ein Fehlverhalten des Leitungsorgans relevant.
- 12) Für das Leitungsorgan konkretisiert sich die Wissensorganisationsobliegenheit darin, ein Wissensmanagementsystem zu implementieren, die Mitarbeiter in der Benutzung zu schulen und zu überwachen. Die Mitarbeiter müssen die entsprechenden Informationen weiterleiten, in das System einspeichern und gegebenenfalls abrufen.
- 13) Das Wissensverschulden ist im Vergleich zur Wissenszurechnung nicht auf den rechtsgeschäftlichen Bereich beschränkt.
- 14) Wissensverschulden führt nur zu fahrlässiger Unkenntnis der Gesellschaft.
- 15) Das System der Wissensfiktion fingiert bei eklatant mangelhafter Wissensorganisation einer Gesellschaft positive Kenntnis analog § 162 BGB.
- 16) Eine eklatant mangelhafte Wissensorganisation liegt beispielsweise dann vor, wenn überhaupt keine Maßnahmen zur Organisation von gesellschaftsinternen Informationen getroffen wurden oder diese Organisation derart mangelhaft ist, dass relevante Informationen den betreffenden Mitarbeiter nicht erreichen können.
- 17) Das Wissensverschulden und die Wissensfiktion stehen hinsichtlich der Voraussetzungen in einem Intensitätsverhältnis. In Bezug auf ihre Rechtsfolge unterscheiden sie sich jedoch.
- 18) Die Wissenszurechnung steht in einem Parallelitätsverhältnis sowohl zum Wissensverschulden als auch zur Wissensfiktion.
- 19) Neben der Verpflichtung des Leitungsorgans ein Wissensmanagement zu implementieren, anzuleiten und zu überwachen bestehen innerhalb der Zurechnungstrias keine Besonderheiten für Organwalter. Ihnen obliegt gegenüber der Gesellschaft, ebenso wie jedem Mitarbeiter, die Pflicht Aktenwissen einzuspeichern, weiterzuleiten und abzurufen.
- 20) Für den Vorsatz gilt, dass Wissensverschulden nicht automatisch zum Vorliegen des bedingten Vorsatzes führt. Zudem gilt für Gesellschaften nicht die Schlussfolgerung, dass bei Vorliegen positiver Kenntnis mit Direktvorsatz gehandelt wurde.
- 21) Unter denselben Voraussetzungen wie eine Wissensfiktion kann analog § 162 BGB bei eklatant mangelhafter Wissensorganisation der Vorsatz einer Gesellschaft fingiert werden.

- 22) Die unionsrechtliche Verpflichtung des Art. 17 MAR zur Veröffentlichung von Ad-Hoc-pflichtigen Informationen enthält kein ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal der positiven Kenntnis. Vielmehr ist die Pflicht zur Veröffentlichung bereits beim objektiven Vorliegen der Information erfüllt.
- 23) Die nationalen Sanktionsvorschriften der §§ 97, 98 WpHG bilden anhand der Tatbestandsmerkmale des Vorsatzes und der grob fahrlässigen Kenntnis ein Einfallstor für die Grundsätze der Wissenszurechnung.
- 24) Die Zurechnungstrias führt im Rahmen der Ad-Hoc-Pflicht dazu, dass ein Vorsatz nach denselben Voraussetzungen der Wissensfiktion fingiert werden kann und ein Wissensverschulden des Leitungsorgans das Tatbestandsmerkmal der grob fahrlässigen Unkenntnis erfüllen kann.
- 25) Ein Verschulden von Mitarbeitern spielt aufgrund des deliktischen Charakters der §§ 97, 98 WpHG ebenso wenig eine Rolle wie das System der Wissenszurechnung.
- 26) Das Aktenwissen unterliegt Grenzen. Damit müssen innerhalb der Systeme des Wissensverschuldens und der Wissensfiktion nicht ausnahmslos alle Informationen gespeichert und weitergeleitet werden.
- 27) Aufsichtsräte müssen grundsätzlich nur solche Informationen weiterleiten und speichern, die in Bezug zu ihrer vom Gesetz zugesprochenen Kompetenz stehen.
- 28) Nur rechtlich relevante Informationen müssen gespeichert und weitergeleitet werden.
- 29) Privat erlangte Kenntnisse des Leitungsorgans müssen nur dann gespeichert und weitergeleitet werden, wenn sie von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen sind. Die Annahme einer solchen Pflicht für Aufsichtsräte und leitende Angestellte bleibt die Ausnahme. Nicht-leitende Angestellte müssen privat erlangte Informationen weder einspeichern noch weiterleiten.
- 30) Informationen, die unter das Betriebsgeheimnis fallen, unterliegen nicht dem Aktenwissen.
- 31) Sind Informationen von einer gesetzlich normierten Schweigepflicht oder dem Datenschutz betroffen, sind diese Informationen nicht Teil des Aktenwissens.
- 32) Keine Grenze bildet der Grundsatz des nemo tenetur. Auch Informationen, die zu einer Selbstbezeichnung führen, unterfallen dem Aktenwissen.
- 33) Bei der Speicherung der Information müssen vom Leitungsorgan individuelle Fristen festgelegt werden. Die Dauer muss sich dabei nach der Bedeutung der Information für die Gesellschaft bemessen. Diese Fristen müssen im Einklang mit anderen bestehenden gesetzlichen Speicherungsfristen stehen.
- 34) Überobligatorisch gespeichertes Wissen darf nachträglich gelöscht werden.
- 35) Die Beweislastverteilung unterscheidet sich innerhalb der Zurechnungstrias.
- 36) Ein Wissensverschulden ist bereits dann bewiesen, wenn der Gegenüber nachweisen kann, dass die Information die Gesellschaft erreicht hat und dass es sich aus rechtlicher Sicht bei dieser Information um Aktenwissen handelt.
- 37) Für die Wissensfiktion und die Wissenszurechnung ist regelmäßig eine sekundäre Darlegungslast anzunehmen.

38) Eine Beweislastumkehr ist sowohl für das System der Wissensfiktion als auch der Wissenszurechnung abzulehnen.